

Millionenklage gegen Julius Bär

SINGAPUR sda. Die Bank Julius Bär ist mit einer Millionenklage konfrontiert. Zwei ehemalige Kunden hätten die Niederlassung des Vermögensverwalters in Singapur sowie einen ehemaligen Manager auf 94 Millionen Singapur-Dollar (68 Millionen Franken) und 186 Millionen Hongkong-Dollar (21,8 Millionen Franken) eingeklagt, teilte das Institut gestern mit.

Dazu könnten noch weiterer Schadenersatz sowie Zahlungen für Zinsen und Aufwand kommen. Die Bank hatte bereits Kenntnis von dieser Klage und diese im Rahmen ihres Halbjahresergebnisses offengelegt, nun wurde sie formell zugestellt. Die Kläger machen unter anderem Aktientransaktionen in den Jahren 2007 und 2008 geltend, die die Bank unvorsorglich gemacht haben soll. Sie seien dadurch zu Schaden gekommen. Die Bank Julius Bär wehrt sich gegen die Vorwürfe. Das Institut werde die zur Verteidigung seiner Interessen notwendigen Schritte einleiten, heisst es weiter.

Nike hängt Adidas ab

SPORTARTIKEL sda. Während Adidas zuletzt seine Jahresprognose senken musste, ist Erzrivale Nike im Aufwind. Die Kunden sind bereit, mehr für Schuhe, Kleidung und Sportgeräte mit dem «Swoosh»-Emblem auszugeben. Die Geschäfte des Sportartikelkonzerns Nike laufen blendend. Grund ist, dass die Kunden von Juni bis August vermehrt zu hochwertigen Produkten griffen. Nike konnte es sich sogar leisten, seine Preisnachlässe zurückzufahren.

Das sorgte im ersten Geschäftsquartal für einen Gewinnssprung von 38 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf unter dem Strich 780 Millionen Dollar. Der Umsatz stieg um 8 Prozent auf 7 Milliarden Dollar. Vor allem Schuhe verkauften sich besser. Kleidung und Sportgeräte standen dem aber kaum nach. Es sei ein grossartiges Quartal gewesen, so CEO Mark Parker am Sitz in Beaverton im US-Bundesstaat Oregon.

BÖRSE



AKTIEN DES TAGES

TOP	27.09.	+/-
Edison Power Europe	30.95	+23.8%
Therapeutics	0.15	+7.14%
Meyer Bur. Tech.	9.74	+5.53%
Bobst Group	32.3	+5.38%
Banque Profil de Gestion	2.8	+5.26%

FLOP

Alpha Petrovision	0.21	-8.7%
Evolva Hold. N.	0.83	-5.68%
Kardex	42	-4.55%
Myriad Group	1.5	-4.46%
Norinvest	1.35	-3.57%

Dollar in Fr.	0.9048	-0.6%
Euro in Fr.	1.2247	-0.24%
Gold in Fr. pro kg	38673	+0.35%

ZINSSÄTZE IN %

Geldmarkt	27.09.	Vortag
Franken-Libor 3 Mt.	0.022	0.021
Franken-Libor 6 Mt.	0.0794	0.0794

Kapitalmarkt (10-jährige Staatsanleihen)		
Schweiz	1.05	1.06
Deutschland	1.784	1.828
USA	2.627	2.646

Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle: vwd group 28092013

Die Eurozone steht vor einem «heissen Herbst»

Die deutschen Wahlen sind vorbei, und die ersten Wahlversprechen («keine Steuererhöhungen») werden von der Siegerpartei schon wenige Tage danach hinterfragt. In den Wahlen zu gewinnen, heisst noch lange nicht, dass man auch in den Koalitionsverhandlungen siegen wird. Viele Möglichkeiten bleiben der Union nicht. Die schwarze Volkspartei kann sich mit den desolaten Grünen zusammentun, die damit auch noch ihre letzten Stammwähler vergraulen würden.

Wirtschaftskreise wie auch ein erheblicher Teil der Bevölkerung wünschen sich dagegen eine Grosse Koalition mit den Sozialdemokraten. Das wissen natürlich deren Parteistrategen, die den Preis für eine Zusammenarbeit hochzuschrauben versuchen, unter anderem mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Die Verhandlungen werden sich weit in den Oktober hineinziehen, und das wird die Siegerpartei weiter schwächen. Denn in Europa steht ein «heisser Herbst» an, zu vieles liegt im Argen, und die Diskussionen um die deutsche Rolle in der Eurozone werden hitzig werden. Bis zu den Wahlen liess sich noch das eine oder andere Problem unter den Teppich kehren. Aber zwei Herausforderungen bleiben.

Die eine besteht darin, dass die Krisenstaaten ihre Probleme in den Griff bekommen, die zu hohe Staatsverschuldung abbauen und ihr Bankensystem sanieren, um die Grundlagen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu legen. Die andere besteht darin, die Währungsunion zu sanieren. Allzu häufig wurden in der jüngeren Vergangenheit die Regeln aufgeweicht, gedehnt und missachtet. Die Einhaltung von Regeln muss künftig stärker kontrolliert und durchgesetzt werden.

Griechenland hat zwar gewisse Verbesserungen vorgenommen, aber strukturell ist noch keine Wende zur verbesserten Wettbewerbsfähigkeit erfolgt. Hilfsmittel wurden gegen Auflagen gewährt, aber zahlreiche Abmachungen (z. B. Privatisierungen, Abbau von Beamten) wurden nicht eingehalten. Das Land wird wohl um einen weiteren Schuldenschnitt nicht herumkommen, und die Deutschen werden sich daran (in)direkt wohl am stärksten beteiligen müssen.

Die Risiken für den Wirtschaftsraum Europa sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Polen schlingert, Ungarn serbelt und in Holland ist die Immobilienblase geplatzt. Auch Irland, Portugal, Slowenien und Zypern sind noch nicht über den Berg und schieben nach Frankfurt zur Europäischen Zentralbank (EZB) und nach Berlin zur Kanz-

AUSSICHTEN

lerin, um allfällige Unterstützung auszuloten. In Portugal spricht die Regierung selbst von einem zweiten Hilfspaket und hofft auf eine weitere Flexibilisierung der Auflagen.

Am meisten machen mir allerdings Frankreich und Italien Sorgen. Es handelt sich um zentrale Länder in Europa, die sich als reformunfähig erweisen. In beiden Ländern werden die spezifischen Empfehlungen der EU und vertragliche Grundregeln missachtet. Ein nachhaltiger politischer Wille zu grundlegenden Reformen fehlt. Die ultralockere Geldpolitik hat zur Folge, dass aufgrund von tiefen Zinsen die Schuldenlast zu wenig sichtbar wird und der Reformdruck nachlässt.

Einer, der hier Gegensteuer geben könnte, ist der SPD-Mann Jörg Asmussen. Er ist Mitglied des EZB-Direkto-

riums und begeisterter Europäer. Der ehemalige Mitarbeiter des jetzigen, über 71-jährigen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble steht bereit, diesen abzulösen. Asmussen ist ein ausgewiesener Fachmann, bestens vernetzt und vor allem jung und tatkräftig für diese Schlüsselrolle. Mit solchem Personal haben die Sozialdemokraten gute Chancen, die Koalitionsverhandlungen erfolgreich auf ihre Werte hin abzuschliessen. Da steht einer, der beispielsweise klar sagt, dass die EZB die Schliessung einer nicht mehr überlebenden Bank in der Eurozone «einzig und allein» treffen soll.

Damit dürfte die nächste deutsche Regierung europafreundlicher werden, denn es gibt keine wirkliche Alternative zu einer Grosse Koalition. Die künftige Regierung dürfte damit vermutlich auch etwas zentralistischer werden. Das verheisst nur Gutes in einer Zeit, in der die geldpolitischen Massnahmen begrenzte Wirkung zeigen und grundlegende wirtschaftspolitische Weichen gestellt werden müssten. Es braucht in Europa Politiker, welche die Integration mit einer klaren Haltung vorantreiben und heikle Themen (Schliessung von maroden Banken) auch zentral umsetzen wollen.

So kommt Europa voran, nicht mit Windfahnen-Politikern wie Horst Seehofer respektive «Drehofer», wie er aufgrund seiner Meinungsänderungen genannt wird. Die SPD kämpft dafür, dass Letzterer nicht einmal an den Koalitionsverhandlungen teilnehmen darf, weil sie die Idee hat, eine soziale Marktwirtschaft in Europa durchzusetzen, mit Marktkräften und Marktdisziplin. Das wird insgeheim auch die Kanzlerin Angela

Merkel freuen. Und, nicht ganz nebensächlich, dieses Szenario würde sich auch positiv auf die Schweizer Volkswirtschaft auswirken.

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

Maurice Pedernana (48) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).



Italien hat Angst um seine Unternehmen

ÜBERNAHME Die italienische Regierung will die Übernahme der Telecom Italia durch die spanische Telefonica verhindern. Dabei hat dies bei anderen Firmen ins Desaster geführt.

In Rom hat der mögliche Einflussverlust auf die Telecom Italia zum Teil hysterische Reaktionen ausgelöst: «Die nationale Sicherheit ist in Gefahr», tönnte es aus dem parlamentarischen Geheimdienstsausschuss Copasir. So sei zum Beispiel das Abhören von Telefongesprächen eine zentrale Waffe der Staatsanwaltschaften im Kampf gegen die Mafia und gegen den internationalen Terrorismus. «Das Telekomnetz ist die strategisch heikelste Infrastruktur Italiens», warnte Copasir-Präsident Giacomo Stucchi. Es wäre bedenklich, wenn bei jeder Telefonüberwachung künftig ein spanisches Management informiert werden müsste.

Meinungsumschwung bei Letta

Nachdem Ministerpräsident Enrico Letta zunächst daran erinnert hatte, dass es sich bei der Telecom Italia um eine «private Firma» handle, auf deren Entscheidungen die Regierung keinen Einfluss nehmen könne, hat der Wind inzwischen radikal gedreht: Gestern Freitag wollte der Ministerrat über ein Dekret beraten, welches die spanische Telefonica in letzter Minute ausbremsen soll. «Wir wollen eine Regelung, die es dem Staat erlaubt, bestimmte strategische Interessen zu schützen, auch wenn es Unternehmen betrifft, die nicht in staatlichem Besitz stehen», betonte Wirtschaftsminister Fabrizio Saccomanni.

Als strategisch wird vor allem das Netz der Telecom angesehen. Aus diesem Grund soll dessen Ausgliederung und Verselbstständigung, über die in Italien schon seit Jahren ergebnislos diskutiert wird, nun beschleunigt an die Hand genommen werden. Ein möglicher «Investor» ist schon gefunden: die Cassa



Die spanische Telefonica stösst bei der Übernahme von Telecom Italia auf heftigen Widerstand.

Getty

Depositi e Prestiti, die sich zu 80 Prozent im Besitz des Finanzministeriums befindet. Ein solches Manöver käme faktisch einer Renationalisierung des Telekomnetzes gleich. Ebenfalls erwogen wird die Änderung der Vorschriften für obligatorische Kaufangebote bei Börsen-

übernahmen; auf diese Weise könnte die Telefonica gezwungen werden, für die Kontrolle der Telecom Italia ein Mehrfaches dessen zu bezahlen, was bisher geplant war.

Tatsächlich kämen die Spanier mit der am Dienstag beschlossenen Kapital-

erhöhung der Holdinggesellschaft Telco äusserst günstig zur Machtübernahme bei der Telecom Italia mit ihren 58 000 Beschäftigten. Mit den von Telefonica einbezahlten 324 Millionen Euro könnte sie in der Telco ihren Anteil von 46 auf 66 Prozent erhöhen. In der Telco sind zwar nur 22,45 Prozent der Telecom-Italia-Aktien gebündelt, doch weil daneben keine weiteren Grossaktionäre existieren, würde die Mehrheit innerhalb der Telco auch für die weitgehende Kontrolle der Telecom Italia ausreichen. «Italien verbökert seinen grössten Telekomkonzern für ein Linsengericht», klagten Politiker und Gewerkschaften in Rom.

Beim Bestreben, den Spaniern bei der Telecom-Übernahme Knüppel zwischen die Beine zu werfen, wird übersehen, dass Italien mit dem wirtschaftlichen Heimatschutz bei sogenannten strategischen Unternehmen schlechte Erfahrungen gemacht hat. Das teuerste Beispiel dafür ist die Alitalia, die diese Woche ebenfalls Schlagzeilen gemacht hat wegen einer drohenden Übernahme durch einen ausländischen Konkurrenten: Air France-KLM, die bereits mit 25 Prozent am ehemaligen italienischen Staatscarrier beteiligt ist, soll Ambitionen haben, ihren Anteil auf 50,1 Prozent aufzustocken.

Teure Staatsanierung

Air France-KML wollte die Alitalia schon Ende 2008 übernehmen, als die heruntergewirtschaftete italienische Airline vor dem Konkurs stand. Um das nationale Symbol vor dem Ausverkauf an die ungeliebten Franzosen zu bewahren, war die Alitalia damals von Silvio Berlusconi an eine Seilschaft befreundeter Unternehmer, die sogenannten «mutigen Kapitäne» vergeben worden. Die Sanierung kam die italienischen Steuerzahler teuer zu stehen: Die Schulden (rund 2 Milliarden Euro) sowie die Kosten für die Sozialpläne (rund 1,5 Milliarden Euro) übernahm der Staat. Trotzdem hat die neu gegründete Airline bis heute nur Verluste eingeflogen. Im ersten Halbjahr 2013 schrieb sie 294 Millionen Euro Verlust.

DOMINIK STRAUB, ROM
wirtschaft@luzernerzeitung.ch